

An den Ministerpräsidenten
des Landes Sachsen Anhalt
Dr. Reiner Haseloff
Hegelstraße 40-42
39104 Magdeburg

Tucheim , Stendal den 20.6.2017

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff,

wir, die unterzeichnenden Kommunen und Vertreter des landwirtschaftlichen Berufstandes in den Landkreisen Jerichower Land und Landkreis Stendal erheben Einspruch gegen die Umweltpolitik Ihrer Landesregierung in Bezug auf die Ausbreitung von Wölfen in Sachsen-Anhalt. Durch das gegenwärtige politische Handeln Ihrer Fachministerin wird in Zukunft die Sicherheit unserer Menschen in unseren Landkreisen nicht mehr ausreichend gewährleistet. Die Menschen in der ländlichen Region fühlen sich nicht ernst genommen. Dabei geht es nicht nur um wirtschaftliche Sorgen, sondern auch um die eingeschränkte Lebensqualität auf dem Lande. Ihre Umweltministerin Frau Prof. Dr. Dalbert bereitet eine Leitlinie Wolf vor, die das Handeln Ihrer Behörden im Umgang mit Wölfen regeln soll. Dem Entwurf entsprechend schätzt Ihre Landesregierung es als ein normales Verhalten ein, dass Wölfe nachts durch unser Städte und Dörfer ziehen, sich im Hellen unseren Ortschaften nähern und beim Anblick von Menschen nicht flüchten, sondern dies beobachten. Als Reaktion soll die Bevölkerung lediglich aufgeklärt werden. Maßnahmen gegen Wölfe sind in diesen Fällen nicht vorgesehen.

Wir Landkreise und Kommunen ordnen Wölfe als Großraubtiere ein, die in West- und Mitteleuropa seit 1950 59 Menschen anfielen und davon 9 Menschen töteten. Daher geht von den Wölfen ein Gefahrenpotential für unsere Bevölkerung aus, dem wir als Regional- und Kommunalpolitiker sowie berufsständische Vertreter entgegentreten müssen. Wir erkennen die wissenschaftlichen Erfahrungen aus den USA und Rumänien, dass Wölfe ohne Bejagung Menschen nicht scheuen, und denen aus Kanada, wonach Wölfe nach einem Lernprozess, Menschen als Beute annehmen, an. Wir begrüßen ausdrücklich das Vorgehen des französischen Staates, der bei identischem Schutzniveau von Wölfen bei der Europäischen Union erwirkt hat, dass die Wolfspopulation nicht mehr exponentiell, sondern nur noch linear ansteigt und somit dort jedes Jahr Wölfe geschossen werden, um diese von menschlichen Aktivitäten fern zu halten.

Wir können Begegnungen unserer Bevölkerung mit Wölfen bei Dunkelheit in Städten und Dörfern nicht verantworten. Wir wollen das Spielen von Kindern in der näheren Umgebung von Ortschaften nicht verbieten, weil Wölfe in der Nähe von Ortschaften als ein normaler Zustand hingenommen werden sollen. Schon jetzt sind die Sorgen der Eltern, deren Kinder in Waldkindergärten untergebracht sind, massiv. Aufrüstungen mit Trillerpfeifen zur Gefahrenabwehr sind nur ein Beispiel dafür.

Bereits jetzt müssen wir mehr Übergriffe auf Nutztiere als im gesamten letzten Jahr registrieren. Die Risse werden sich in diesem Jahr wahrscheinlich verdoppeln. Die Tendenz wird sich fortsetzen. Die Weidetierhaltung mit ihren positiven Umwelteffekten gerät in Bedrängnis. Längerfristig werden Pferde- und Sportzucht denselben Auswirkungen ausgesetzt sein. Wir benötigen eine Situation, in der Wölfe sich von menschlichen Aktivitäten fernhalten. Die Altmark und das Jerichower Land sind touristisch geprägte Landkreise mit dem Elberadweg und vielen Reitwegen die stark frequentiert sind. Dominiert der streng geschützte Wolf unsere Landschaft, verliert der Tourismus als Wirtschaftskraft an Potenzial. Allein die Verunsicherung reicht, um den Wirtschaftsfaktor zu destabilisieren.

Die Anwesenheit von Wölfen ist im Bewusstsein unserer Bevölkerung angekommen. Unsere Landkreise haben die höchste Populationsdichte. Es ist lediglich eine Frage der Zeit, bis andere Landkreise bei einer Reproduktionsrate von 30 bis 50 Prozent jährlich vor ähnlichen Problemen

stehen. Unsere Einwohner besuchen nicht mehr mit der Unbeschwertheit wie vor Jahren die Landschaft zu ihrer Erholung.

Die vorgesehene Schonung von Wölfen in und um Ortschaften geht über das von der Europäischen Union Geforderte, zum Schutz von Wölfen in Abwägung zu den Belangen unserer Bevölkerung, hinaus.

Wir bitten Sie, in Ausübung Ihrer Richtlinienkompetenz für einen sicheren Schutz unserer Bevölkerung zu sorgen. Wölfe, die sich Ortschaften nähern, sollten entnommen werden, wie das konsequent in Finnland getan wird. Der Populationsanstieg wird dadurch nicht gefährdet. Wölfe lernen, wie in den USA festzustellen war, den Menschen zu meiden und unsere Bevölkerung wäre geschützt.

Abschließend soll deutlich festgestellt werden, dass es nicht um eine generelle Ausrottung der Wölfe geht.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wenn Sie diesen Brief beantworten möchten, bitten wir Sie ihn an folgende Absender zu senden.

Bauernverband „ Jerichower Land“ Ziesarstraße 16 in 39307 Tuchem

Kreisbauernverband Stendal Arneburger Straße 24 in 39576 Hansestadt Stendal